

Positionspapier der Fluoropolymers Product Group (FPG)

Plädoyer für eine Ausnahme von Fluoropolymeren: Sicherung der strategischen Resilienz Europas

Zusammenfassung: Eine notwendige Ausnahmeregelung

Die Fluoropolymers Product Group (FPG) begrüßt, dass die Einreicher des PFAS-Beschränkungs dossiers in ihrem Hintergrunddokument vom August 2025 anerkennen, dass die Herstellung von Fluoropolymeren in Europa von entscheidender Bedeutung ist und unter strengen Emissionskontrollen fortgesetzt werden sollte – eine Verpflichtung, die bereits durch das FPG-Herstellungsprogramm (FPG Manufacturing Programme) umgesetzt wird.

Der vorgeschlagene Regulierungsansatz ist jedoch grundlegend fehlerhaft: Er ist übermäßig komplex, unverhältnismäßig und droht, die industrielle Wettbewerbsfähigkeit und strategische Autonomie Europas zu untergraben. Fluoropolymere stellen kein unannehmbares Risiko dar und können verantwortungsvoll gehandhabt werden.

Wir schlagen eine vollständige und umfassende Ausnahme für die Herstellung und Verwendung von Fluoropolymeren vor – gestützt sowohl auf das Gewicht der wissenschaftlichen Erkenntnisse als auch auf ihre entscheidende Rolle für die europäische Wirtschaft.

Das Problem: Gefährdung strategischer Sektoren und Schaffung von Unsicherheit

1. Strategisches Risiko: Fluoropolymere sind essenzielle Materialien für die verarbeitende Industrie und die chemische Verfahrenstechnik. **Eine Einschränkung des Einsatzes von Fluoropolymeren würde die industrielle Basis und die Resilienz Europas in kritischen Technologien gefährden.** Fluoropolymere sind zudem unverzichtbar in kritischen Anwendungen – von Halbleitern und grünem Wasserstoff bis hin zu Medizinprodukten und erneuerbaren Energien – und ermöglichen damit Europas digitale und ökologische Transformation und stärken seine strategische Autonomie.

2. Fehlerhafte Risikobewertung: Das aktualisierte **Hintergrunddokument erfüllt nicht die Anforderungen der REACH-Verordnung an ein „unannehmbares Risiko“ (Artikel 68)**, da die Beschränkungen mit der Persistenz und nicht mit einem bewerteten Risiko begründet werden und der wissenschaftliche Grundsatz der Verhältnismäßigkeit außer Acht gelassen wird. Fluoropolymere sind polymere PFAS, die andere Eigenschaften und Synthesewege aufweisen als andere, nicht-polymere PFAS. Sie stellen ein geringes, beherrschbares Risiko dar – insbesondere angesichts industriegeführter Initiativen für ein sicheres Management über den gesamten Lebenszyklus hinweg.

3. Nicht praktikable Fristen und Ausnahmeregelungen: Die vorgeschlagenen Übergangsfristen von 5 und 12 Jahren sind angesichts der langen Forschungs-, Entwicklungs- und Zertifizierungszeiträume in vielen Sektoren unzureichend. Diese kurzen Zeiträume erzeugen Marktunsicherheit, hemmen Investitionen und Innovation. Darüber hinaus ist eine Substitution häufig mit kostspieligen Systemumgestaltungen, Leistungseinbußen und langwierigen Requalifizierungen verbunden; in vielen Fällen **existieren keine geeigneten Drop-in-Alternativen und werden auch nicht rechtzeitig zur Verfügung stehen.**

4. Komplexität und technisches Chaos: Der Beschränkungsvorschlag des Hintergrunddokuments schafft eine belastende Regulierungslandschaft, die Einhaltung und Vollzug erheblich erschwert. Diese Komplexität wird durch mehrere technische Schwächen verschärft:

- Die Verhältnismäßigkeitsprüfung ist verzerrt durch den Rückgriff auf generische Umweltfreisetzungskategorien (Environmental Release Categories, ERCs) zur Emissionsschätzung, die die tatsächlichen Emissionen erheblich überschätzen, anstatt präzise, sektorspezifische Daten zu verwenden.
- Die Einführung eines neuen Emissionsgrenzwerts von 0,01 % für alle Umweltkompartimente und alle PFAS bei fortgesetzter Herstellung wird ohne eine angemessene Bewertung ihrer technischen und wirtschaftlichen Machbarkeit vorgeschlagen.
- Ohne wirksame Probenahme- und Prüfverfahren sowie ausreichende Sachkenntnis der Zollbehörden wird der Vollzug im EU-Binnenmarkt und an den Außengrenzen unzureichend bleiben, um PFAS-haltige Produkte wirksam zu kontrollieren.

Die Lösung: Ein pragmatischer, risikobasierter Regulierungsansatz

Eine pauschale „One-size-fits-all“-Beschränkung ist unverhältnismäßig, setzt auf oftmals noch fehlende Alternativen und beeinträchtigt das Vertrauen der Wirtschaft in Deutschland und Europa – und somit ihre Existenz in Zeiten ohnehin schon gesunkener globaler Wettbewerbsfähigkeit. Die FPG von Plastics Europe fordert einen risikobasierten, differenzierten Ansatz, der industrielle und gesellschaftliche Resilienz miteinander in Einklang bringt:

- 1. Vollständige Ausnahme und Klarheit:** Die PFAS-Beschränkung sollte eine **vollständige Ausnahme für die Herstellung und Verwendung von Fluorpolymeren vorsehen.** Wir benötigen unmittelbare Klarheit über die langfristige Zukunft von Fluorpolymeren in der EU, um Investitionsunsicherheiten zu vermeiden.

2. **Emissionen regulieren, nicht Materialien:** Da sich die Bedenken hinsichtlich Fluorpolymeren in erster Linie auf Emissionen während der Herstellung, Verarbeitung, Verwendung und Entsorgung beziehen, sollte sich der Fokus vollständig auf die Regulierung und Umsetzung wirksamer Strategien zur Emissionsminderung verlagern.
3. **Nutzung bestehender Rechtsvorschriften:** Der etablierte Rahmen der **Industrieemissionsrichtlinie (IED)** bietet einen Mechanismus zur Beherrschung emissionsbedingter Risiken. Die IED legt Genehmigungsaufgaben und Emissionsgrenzwerte auf Grundlage der **Besten Verfügbaren Techniken (BVT/BREF)** fest und schafft damit Planungssicherheit für Hersteller, ihre freiwilligen Emissionsminderungsbemühungen mit verbindlichen EU-Standards in Einklang zu bringen.

Schlussfolgerung

Eine Ausnahmeregelung in Verbindung mit wirksamen Emissionsminderungsstrategien ist eine pragmatische Lösung, die den Bedenken zur PFAS-Belastung Rechnung trägt und zugleich die Unsicherheit für die Industrie verringert. Eine risikobasierte Beschränkung, die die freiwilligen Herstellungsverpflichtungen als Grundlage für ein alternatives Risikomanagement anerkennt, sichert eine zeitgerechte Umsetzung, vereinfacht die Pflichten und erhält die Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit der EU.

Um Europas industrielle Basis zu erhalten, die grüne und digitale Transformation zu unterstützen und die strategische Autonomie zu sichern, besteht der einzig gangbare Weg darin, zwischen PFAS-Kategorien zu differenzieren und eine vollständige Ausnahme für Fluorpolymere vorzusehen.

Kontakt:

- Caroline Andersson, Director Fluoropolymers Product Group
- E-Mail: caroline.andersson@plasticseurope.org
- Tel.: +32 2 7923 53, Mobil: +32 477 639165

Über die Fluoropolymers Product Group (FPG):

Die FPG ist Teil von Plastics Europe, dem Industrieverband der europäischen Polymerhersteller. Sie arbeitet im Einklang mit den Governance-Regeln von Plastics Europe, einschließlich der Wettbewerbs-Compliance-Regeln. Plastics Europe deckt die EU sowie das Vereinigte Königreich, Norwegen, die Türkei und die Schweiz ab.

Über Fluorpolymere:

Fluorpolymere sind hochentwickelte Werkstoffe mit unübertroffener Haltbarkeit, chemischer und thermischer Beständigkeit sowie Stabilität in extremen Umgebungen. Ihre einzigartige Eigenschaftskombination macht sie in zahlreichen Branchen unverzichtbar – vom Gesundheitswesen über erneuerbare Energien bis hin zu Verkehr, Luft- und Raumfahrt sowie der Halbleiterindustrie.